Abstieg für Deutschland.
Keine Alternative.

Demokratieschädlich.
Antisemitisch.
Völkisch.

Abstieg für Deutschland – keine Alternative für unser Land, kein Partner für die CDU.

Die Christlich Demokratische Union ist als Antwort auf die dunkelste Stunde unserer Geschichte entstanden. Christen und Nichtchristen, Bürgerliche und Gewerkschafter, Vertriebene und Überlebende des Nationalsozialismus sagten gemeinsam: Nie wieder. Nie wieder soll es auf deutschem Boden einen Staat geben, der die Würde des Menschen in Abhängigkeit von deren Herkunft, Religion oder Aussehen verteilt.

Dieses Fundament trägt uns bis heute. Politik beginnt für uns beim Menschen – bei seiner Würde, seiner Freiheit und seiner Verantwortung für die Gemeinschaft. Die CDU steht für gleiche Rechte, gleiche Pflichten und gleiche Chancen – getragen vom christlichen Menschenbild und fest verankert im Grundgesetz. Wir bekennen uns zu Europa, zur Freiheit, zu dem vielen Guten in unserem Land – aber auch zu der Verantwortung, die unsere Geschichte uns auferlegt.

Dieses Fundament greift die sogenannte Alternative für Deutschland (AfD) offen an. Sie ist kein konservativer Wettbewerber und keine bürgerliche Partei. Sie denkt nicht vom Menschen her, sondern von Kollektiven ethnisch Gleicher. Sie will Europa nicht stärken, sie will es zerschlagen. Sie will unser Deutschland nicht besser machen. Sie will ein ganz anderes Deutschland.

Die CDU steht für ein freiheitliches Deutschland in Recht und Ordnung. Die AfD steht für Willkür und Spaltung. Die CDU steht für Europa. Die AfD für Abschottung und das Anbiedern an Autokraten. Diese Partei richtet sich gegen Vieles, was wir Christdemokraten aufgebaut haben – auch deshalb will sie uns zerstören.

Der Geschichte unseres Landes, dem Wohl unseres Volkes und dem Erbe unserer Gründungsväter verpflichtet, ist unsere Haltung klar: Die AfD ist keine Alternative für Deutschland. Sie ist für keine demokratische Partei in Deutschland ein Partner, erst recht nicht für die CDU. Sie ist eine Gefahr für unser Land. Deshalb stellen wir uns der AfD politisch entgegen.

Wir treten in den Wettbewerb um die Wählerinnen und Wähler ein – entschlossen und klar. In unsicheren Zeiten erscheint das süße Gift des Autoritären manchem verführerisch. Doch wohin Willkür, Ausgrenzung und das Recht des Stärkeren führen, lässt sich vielerorts erkennen. Unsere Aufgabe ist es, dies den Menschen deutlich zu machen. Unsere Aufgabe ist es, für unsere Überzeugungen und Ideen zu werben. Unsere Aufgabe ist es, politische Heimat für alle zu sein, die unser Land lieben und sich zu Freiheit, Recht und Anstand bekennen. Das ist unser Weg.

Inhaltsverzeichnis

Die AfD ist demokratieschädlich. **6**

Sicherheitsbehörden sind sich sicher:
Die AfD ist in erheblichen Teilen gesichert rechtsextrem. 6

Für die AfD gibt es nur die AfD.
Die AfD attackiert die Meinungsvielfalt in unserem Land. 7

Die AfD will weder Kompromisse noch Interessenausgleich.
Viele träumen von einem anderen System und vom Umsturz. 8

Die AfD untergräbt die Autorität unseres Rechtsstaats
und seiner Institutionen. 10

Die AfD attackiert auch jene, die unsere Verfassung schützen. 11

Die AfD ist antisemitisch und will die Verantwortung
für unsere Geschichte tilgen. **13**

Die AfD spielt jüdisches Leben gegen Muslime aus. 13

Die AfD relativiert den Holocaust und die Verbrechen der NS-Zeit. 14

Die AfD nutzt gezielt antisemitische Erzählungen
sowie nationalsozialistische Codes. 16

Die AfD versucht, jüdisches Leben in Deutschland
unmöglich zu machen. 18

Die AfD ist völkisch und ausländerfeindlich. **19**

Remigration: ein Angriff auf Gesellschaft und Verfassung. 19

Wer nicht deutsch genug ist, ist Bürger zweiter Klasse. 22

Deutschland soll ein Land der ethnisch Gleichen werden. 24

Entmenschlichung und Untergang – die Sprache der AfD. 25

Die AfD ist demokratieschädlich.

Wer bei der AfD hinhört, erkennt ein klares Muster: Die AfD stellt demokratische Institutionen infrage, erklärt politische Gegner zu Feinden und spricht wesentlichen Säulen unserer demokratischen Ordnung die Legitimität ab. Das sind keine Ausrutscher, keine Übertreibungen im Wahlkampf. Dieses Vorgehen hat System – bürgerliche Fassade und extremistische Parolen gehören bei der AfD zusammen. Sicherheitsbehörden, Gerichte und die eigenen Aussagen führender AfD-Politiker zeichnen ein eindeutiges Bild: Diese Partei arbeitet an der Delegitimierung unserer Demokratie.

> *… die verfassungsmäßige Ordnung und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie von Grund auf zu erschüttern".*
> Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Sicherheitsbehörden sind sich sicher: Die AfD ist in erheblichen Teilen gesichert rechtsextrem.

Die AfD auf Landesebene ist in Teilen gesichert rechtsextrem. Das ist das Ergebnis jahrelanger Prüfungen durch Sicherheitsbehörden: Ausgewertet wurden Reden, Programme, Auftritte, Social-Media-Posts sowie interne Netzwerke.

Mehrere Landesverbände gelten bei Sicherheitsbehörden als gesichert rechtsextrem, weitere als Verdachtsfälle. Die **AfD Sachsen** wird als gesichert rechtsextrem eingestuft. In Berichten des Verfassungsschutzes heißt es, ihr gehe es darum, *„die verfassungsmäßige Ordnung und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie von Grund auf zu erschüttern"*.[1] Für die **AfD Thüringen** stellen Sicherheitsbehörden fest, verfassungsfeindliche Positionen seien die *„beherrschende politische Ideologie"* des Landesverbands.[2] Über die **AfD Brandenburg** wird festgestellt, die Attacken gegen Staatsorgane, Medien und Zivilgesellschaft seien so diffamierend, dass sie geeignet seien, *„das politische System der Bundesrepublik Deutschland generell herabzuwürdigen"*.[3] Der **AfD Sachsen-Anhalt** attestieren Sicherheitsbehörden, sie sei *„wesentlich von der rassistischen Ideologie des Ethnopluralismus durchdrungen"* und *„verstößt gegen die Garantie der Menschenwürde aus Artikel 1, Absatz 1, Grundgesetz"*.[4]

> *… wesentlich von der rassistischen Ideologie des Ethnopluralismus durchdrungen."*
> Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt

2021 stufte das **Bundesamt für Verfassungsschutz** bereits die **gesamte AfD** als rechtsextremen Verdachtsfall ein. Seitdem bestätigen Gerichte diese Einstufung immer wieder.[5] Die **langjährige Jugendorganisation** der AfD, die sog. **Junge Alternative**, wurde von Sicherheitsbehörden bis zu ihrer Auflösung ebenfalls als gesichert rechtsextrem eingestuft. Die neu gegründete Jugendorganisation der AfD, Generation Deutschland, steht in eindeutiger Kontinuität zu ihrer Vorgängerin.[6]

Für die AfD gibt es nur die AfD. Die AfD attackiert die Meinungsvielfalt in unserem Land.

In der Welt der AfD gibt es keine legitimen politischen Gegner. Es gibt nur sie – und den Rest: CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke. Sie alle gelten als *„Altparteien“*. Aus Sicht der AfD weiß nur die AfD, was das Volk will. Und entsprechend kann auch nur sie die Interessen des Volkes vertreten. Wer so denkt, spricht nicht nur allen anderen Parteien ihre Legitimität ab. Wer so spricht, ist eine Gefahr für unsere Demokratie; der will den Ein-Parteien-Staat so wie in der DDR oder im Nationalsozialismus.



„CDU; SPD; FDP; Linke; Grüne – alle verkommene Altparteien.“
Hans-Christoph Berndt

Hans-Christoph Berndt, AfD-Fraktionsvorsitzender in Brandenburg, spricht von *„verkommenen Altparteien“*.[7] Der Europaabgeordnete **Tomasz Froelich** nennt andere Parteien *„feige, verlogen und gefährlich“*.[8] Der stv. AfD-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete **Stephan Brandner** bezeichnet alle Parteien als *„politischen Swingerclub“*, in dem jeder mit jedem unterschiedslos koaliere.[9] Selbst im **Grundsatzprogramm der AfD** ist von einer *„unübersehbaren Kluft zwischen Volk und politischer Klasse“* die Rede, die geprägt sei von *„Vetternwirtschaft, Filz und verwerflichem Lobbyismus“*.[10] Selbst in ihrem **Bundestagswahlprogramm** behauptet die AfD, die *„politische Klasse … zerstört die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes, unsere Wirtschaft und … unseren Wohlstand“*. Um anschließend allen anderen Parteien zu unterstellen, sie seien einzig und allein an der Erhaltung *„ihrer Macht, ihres Status und ihres materiellen Wohlergehens“* interessiert.[11]

Hannes Gnauck, Bundestagsabgeordneter der AfD und ehemaliger Chef der Jungen Alternative, spricht nicht nur von anderen Parteien als *„Volksverräter[n]“* und einer

„politischen Kaste“. Er macht die Position der AfD generell deutlich: *„Es geht hier schon längst nicht mehr um links, Mitte oder rechts. Es geht hier mittlerweile nur noch um den Kampf zwischen den normaldenkenden Bürgern und einer politischen Kaste, die sich für die Belange des Volkes nicht mehr interessiert.“*[12] Ein Verständnis von Demokratie, das er mit **Björn Höcke** teilt: *„Wir sind unter einer Kartellparteienherrschaft gefangen. ... Es ist egal, ob ihr schwarz wählt, ob ihr rot wählt, ob ihr grün wählt oder irgendeine andere Farbe. ... ihr kriegt immer weniger Deutschland.“*[13]



„Diese Schweine sind nichts anderes als Marionetten der Siegermächte des 2. WK ...“
Alice Weidel

Diese Verachtung für politische Wettbewerber findet sich auch an der Spitze der AfD. **Alice Weidel** machte bereits vor Jahren klar, wo sie steht: *„Der Grund, warum wir von kulturfremden Völkern wie Arabern, Sinti und Roma etc. überschwemmt werden, ist die systematische Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft als mögliches Gegengewicht von Verfassungsfeinden, von denen wir regiert werden. ... Diese Schweine sind nichts anderes als Marionetten der Siegermächte des 2. WK und haben die Aufgabe, das dt. Volk klein zu halten, indem molekulare Bürgerkriege in den Ballungszentren durch Überfremdung induziert werden sollen.“*[14]

Die AfD will weder Kompromisse noch Interessenausgleich. Viele träumen von einem anderen System und vom Umsturz.

Die AfD sagt offen, was sie will: **keine Kompromisse**. Den Ausgleich von Interessen, um gesellschaftliche Konflikte zu lösen – lehnt die AfD faktisch ab. Viele in der AfD träumen gar von einem anderen System und vom Umsturz.

Hans-Thomas Tillschneider, stv. Fraktionsvorsitzender in Sachsen-Anhalt, etwa spricht ganz offen von einem *„Krieg gegen diese Regierung“* und kündigt an, die AfD sei *„gekommen, diese Gestalten aus ihren Sesseln zu vertreiben.“*[15] Der Spitzenkandidat der AfD für die Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg, **Markus Frohnmaier**, hat schon vor Jahren gedroht: *„Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz, ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!“* Tatsächlich gilt: Deutschland ist laut Transparency International eines der am wenigsten korrupten Länder der Welt.[16] Und Fakt ist auch: Es sind AfDler, die sich systematisch mit Steuergeld die Taschen voll machen. Verwandte werden über Kreuz bei Parteifreunden angestellt und Millionen an Steuergeld in die eigene Familie umgeleitet. Für die AfD ist der Staat ein Selbstbedienungsladen zur eigenen Bereicherung.[17]



„Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz, ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!“
Markus Frohnmaier

Aus der Brandenburger AfD kommt die Ankündigung vom dortigen Fraktionsvorsitzenden, **Hans-Christoph Berndt**: *„Wir wollen, dass sich diese Anomalie ändert, und das werden wir auch erreichen.“*[18] Und was er damit meint, führt sein Kollege Dennis Hohloch aus: *„Sie haben aus unserer Demokratie einen Parteienstaat gemacht. Und diesen Parteienstaat lehne ich grundsätzlich ab. Wir müssen den Parteienstaat abschaffen.“*[19] Kurzum und mit den Worten des Europaabgeordneten **Tomasz Froelich** gesprochen: *„Wir wollen ein anderes Deutschland. Ein ganz anderes Deutschland.“*[20]



„Wir wollen ein anderes Deutschland. Ein ganz anderes Deutschland.“
Tomasz Froelich

Und dass in diesem Deutschland nur die AfD herrschen könne, macht die Partei auch klar – etwa in einem aktuellen, offiziellen Positionspapier u. a. von **Jörg Urban, Ulrich Siegmund und Björn Höcke**. Dort heißt es: *„Die AfD ist die einzige politische Kraft, die Deutschland nicht aufgegeben hat und die willens und in der Lage ist, Deutschland … zu retten.“*[21]

Wer hinhört, erkennt das Muster: Drohungen statt Debatten. Feindbilder statt Lösungen. Autoritäre Machtfantasien statt Verantwortung und Kompromissbereitschaft. Die AfD redet nicht über Demokratie – sie arbeitet an ihrer **Abschaffung**. Eine Partei, die Andersdenkende verachtet, Kompromisse ablehnt und ganz offen nach einem anderen System ruft, in dem nur sie selbst die einzig richtige Partei sein soll, ist keine Alternative. **Sie ist eine Gefahr für unsere Demokratie**.

Die AfD untergräbt die Autorität unseres Rechtsstaats und seiner Institutionen.

Die AfD akzeptiert den Rechtsstaat nur, solange Gerichte in ihrem Sinne entscheiden. **Urteile, die ihr widersprechen, werden für politisch gesteuert erklärt.** Richterinnen und Richter werden diffamiert, höchste Gerichte delegitimiert. Das ist kein Zufall – es ist ein systematischer Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz.

Markus Frohnmaier spricht dem Bundesverfassungsgericht offen die Neutralität ab und unterstellt eine *„politisch beeinflusste und linksideologisch gefärbte Rechtsprechung“*.[22] **Hans-Christoph Berndt** erklärt unverblümt, es gehe bei den Gerichten längst nicht mehr um Recht, sondern darum, *„eigene Interessen durchzusetzen, mit den Mitteln der Gerichte“*. Urteile seien *„nicht juristisch, sondern politisch“*.[23] **René Springer** treibt all dies weiter und erklärt, *„die Gewaltenteilung funktioniert nicht mehr“*, Staatsanwaltschaften würden *„auf den politischen Gegner losgelassen“*, Richter *„ausgeklüngelt“*.[24] Der Staat und damit auch seine Gerichte seien, so Springer, *„zur Beute der Parteien geworden“*[25]. Der stv. Vorsitzende der AfD Hamburg, **Krysztof Walczak**, behauptet in Fortsetzung dieser Erzählungen etwa auch: *„Die AfD hat die besseren Argumente, aber die anderen haben die Richter am Verfassungsgericht gewählt.“*[26]



„Da muss man doch auch die Richter vom Hof jagen.“
Alice Weidel

Das ist eine **gezielte Erzählung**, die Vertrauen zerstören soll: Gerichte seien angeblich nicht unabhängig, Gewaltenteilung funktioniere nicht – alles wird zu einem Teil eines AfD-feindlichen Systems. Und bei dieser Erzählung wirkt die Parteivorsitzende **Alice Weidel** kräftig mit. Denn auch sie sagt über Gerichte, wenn sie

nicht in ihrem Sinne urteilen: *„Was haben die geraucht? Da muss man doch auch die Richter vom Hof jagen."*[27] Wer so spricht, kritisiert nicht – er untergräbt die Autorität der Justiz und damit eine der zentralen Säulen unserer Demokratie.

Doch auch hier stoppt die AfD noch lange nicht. Denn wohin diese Rhetorik führt, zeigt eine Aussage von **Stephan Brandner**. Er fordert: *„Macht die Stimmzettel zu Haftbefehlen."* Politische Gegner sollen angeklagt, vor Gericht gestellt und verurteilt werden – durch *„Staatsanwälte, die unabhängig sind"* und *„Richter, die dann auch verurteilen"*. Brandner nennt das zynisch *„ganz rechtsstaatlich"*.[28] Und auch hier handelt es sich nicht um einen Einzelfall, wie **Sicherheitsbehörden** feststellen: *„Entsprechende Äußerungen des AfD-Personals sind seit Sommer 2024 derart massiv gehäuft registriert worden, dass davon ausgegangen werden kann, dass maßgebliche Protagonisten der Partei die Absicht verfolgen, nach Übernahme von Regierungsverantwortung Polizei und Justiz für ihre parteipolitischen Zwecke zu nutzen. Damit einher ginge zwingend eine Aufhebung bzw. Einschränkung des rechtsstaatlichen Prinzips der Gewaltentrennung"*.[29]



„Macht die Stimmzettel zu Haftbefehlen."
Stephan Brandner

Die AfD spricht offen aus, was sie will: eine Justiz, die nicht mehr Recht spricht, sondern politische Abrechnung betreibt. Gerichte sollen nicht kontrollieren, sondern den Willen der AfD umsetzen. Das ist nicht nur das Gegenteil von Gewaltenteilung. Es ist zugleich ein gezielter Rückbau mit anschließender Instrumentalisierung des Rechtsstaats, den autoritäre Regierungen in anderen Ländern bereits umgesetzt haben bzw. umsetzen.

Die AfD attackiert auch jene, die unsere Verfassung schützen.

Die Angriffe der AfD richten sich auch gegen den Verfassungsschutz – jene Institution, die unsere freiheitliche, demokratische Ordnung schützen und bewahren soll. **Stefan Möller**, Landessprecher der AfD Thüringen, nennt den Verfassungsschutz einen *„Fremdkörper in der Demokratie"*.[30] Und als eines der höchsten Verwaltungsgerichte in Deutschland 2024 die Rechtmäßigkeit der Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz bestätigte, sprach **Hans-Christoph Berndt** nicht nur von

„... maßgebliche Protagonisten der Partei die Absicht verfolgen, nach Übernahme von Regierungsverantwortung Polizei und Justiz für ihre parteipolitischen Zwecke zu nutzen."
Landesbehörde für Verfassungsschutz Brandenburg

einem *„politischen Gefälligkeitsurteil“* des Gerichts. Im Pressestatement fügte er auch an, *„dass das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht genauso wenig politisch unabhängig ist wie der Verfassungsschutz auf allen Ebenen.“*[31]



„ … schmierige Stasi-Spitzel …“
Alice Weidel

Jörg Urban, Landeschef der AfD Sachsen, setzt den Verfassungsschutz mit dem Bespitzelungsdienst der DDR gleich und nennt ihn verächtlich *„neue Stasi-Behörde“*[32]. **Alice Weidel** wiederum beschimpft den Verfassungsschutz als *„schmierige Stasi-Spitzel“*[33], als *„Verfassungsfeind“*, der gegen die Opposition *„durchlade“*[34] – und fordert seine Abschaffung.[35] Damit ist Weidel ganz auf der Linie ihres Vorgängers **Alexander Gauland**. Auch dieser sagte: *„Dem Verfassungsschutz traue ich nicht über den Weg. Denn der Verfassungsschutz ist sozusagen Teil des politischen Kampfes der anderen Parteien gegen uns.“*[36]

In diese Kerbe schlägt auch **Björn Höcke**. Laut Höcke sei der Verfassungsschutz ein reines Umsetzungsorgan politischer Interessen, das von einem *„völkerauflösenden und als pervers zu bezeichnenden Geist“* gesteuert werde.[37] Er behauptet immer wieder, der Verfassungsschutz sei nur ein Instrument herrschender Eliten, um die AfD – die vermeintlich einzig legitime Vertretung des Volkes – zu unterdrücken.[38]

Auch hier zeigt sich, der AfD geht es nicht um legitime Kritik am Verfassungsschutz und dessen Handeln. Wer so redet, greift nicht einzelne Entscheidungen an. **Die AfD greift die Schutzmechanismen der Demokratie selbst an.** Sie will das Vertrauen in zentrale Säulen unserer demokratischen Ordnung schwächen und gerade beim Verfassungsschutz von der eigenen Verfassungsfeindlichkeit erheblicher Teile der Partei ablenken.

Die AfD ist antisemitisch und will die Verantwortung für unsere Geschichte tilgen.

Die AfD inszeniert sich gern als Verteidigerin jüdischen Lebens. Doch **Antisemitismus ist fester Bestandteil der Partei**. Antisemitismus wird in den eigenen Reihen verharmlost und akzeptiert. Die AfD nutzt jüdisches Leben als Schutzschild für ihre menschenverachtende Ideologie.

Die AfD spielt jüdisches Leben gegen Muslime aus.

Wie zynisch die **AfD** vorgeht, zeigt sich im Bundestagswahlprogramm 2025: *„Jüdisches Leben wird in Deutschland vorwiegend von juden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht.“* Dabei zeigt die amtliche Statistik, dass knapp die Hälfte aller antisemitischen Straftaten rechtsextremen Täter zuzuordnen ist.[39] Antisemitismus ist für die AfD eben kein gesamtgesellschaftliches Problem. Es ist ein Problem, welches die AfD ausschließlich den Menschen muslimischen Glaubens zuschreibt. Aussagen belegen das, zum Beispiel von **Beatrix von Storch**, der stv. Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag. Für sie ist Antisemitismus *„in erster Linie ein importiertes Problem“*, welches nicht nur zukünftig *„aussagekräftige Statistiken“* erfordert, *„um das volle Ausmaß des Migranten-Antisemitismus sichtbar zu machen“*. So verstandener Antisemitismus brauche laut von Storch dann eben keine Aufklärung, keine Prävention oder härtere Strafen. Um Antisemitismus zu bekämpfen, brauche es *„vor allem Abschiebungen und ein Ende der Massenmigration“*.[40]

Diese perfide Instrumentalisierung verurteilt der **Zentralrat der Juden** unmissverständlich: *„Juden bzw. jüdisches Leben werden im Wahlprogramm der AfD ganze drei Mal erwähnt. Dabei geht es aber nicht um die Bedürfnisse der Juden im Land. Sondern nur darum, dass Muslime Juden bedrohen. Juden dienen im Programm der AfD einzig und allein dazu, den antimuslimischen Ressentiments der Partei Ausdruck zu verleihen. Die AfD schiebt Juden vor, um ihre rassistischen und antimuslimischen Parolen unter das Volk zu bringen. Aber dieses Feigenblatt wollen und werden wir nicht sein.“*[41]

„Die AfD schiebt Juden vor, um ihre rassistischen und antimuslimischen Parolen unter das Volk zu bringen. Aber dieses Feigenblatt wollen und werden wir nicht sein.“

Zentralrat der Juden

Die AfD relativiert den Holocaust und die Verbrechen der NS-Zeit.

Führende Köpfe der AfD relativieren offen den Holocaust – und machen damit deutlich, wie tief antisemitische Geschichtsverharmlosung in der Partei verankert ist. Ein besonders drastisches Beispiel liefert der AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, **Ulrich Siegmund**.

Auf die Frage, ob die Schoah *„das Schlimmste Verbrechen der Menschheit"* gewesen sei, wich Siegmund aus. Er wolle sich ein solches Urteil nicht anmaßen, man müsse schließlich aus *„allen Verbrechen der Menschheit"* lernen.[42] Was auf den ersten Blick nach Differenzierung klingt, ist in Wahrheit eine gefährliche Relativierung: Die systematische Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden wird so zu einem Verbrechen unter vielen herabgestuft.



Wer zu einer Menge von Anhängern der AfD ‘Sieg!‘ ruft, spielt auf die Sprechchöre der Nationalsozialisten an. Wer sich auf Nachfrage weigert, die Schoah als schlimmstes Verbrechen der Menschheitsgeschichte zu bezeichnen, relativiert damit die Verbrechen der Nationalsozialisten."

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden

Noch deutlicher wird diese Haltung auf seinen Veranstaltungen. Dort ruft ein sogenannter *„Anheizer"* laut *„Sieg"*, das Publikum antwortet mit *„Mund"*. Die Anspielung auf den zentralen Schlachtruf der Nationalsozialisten ist offensichtlich. Auf diesen Hinweis reagierte Ulrich Siegmund nicht etwa mit Distanzierung, sondern mit menschenverachtendem Spott: *„Was ist denn an meinem Namen falsch? Mein Name heißt Siegmund."*[43]

Der **Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster**, sagt dazu: Es falle schwer, sich *„des Eindrucks zu erwehren, dass in Herrn Siegmunds Aussagen eine deutliche Sympathie für die Zeit des Nationalsozialismus mitschwingt. … Wer zu einer Menge von Anhängern der AfD ‘Sieg!‘ ruft, spielt auf die Sprechchöre der Nationalsozialisten an. Wer sich auf Nachfrage weigert, die Schoah als schlimmstes Verbrechen der Menschheitsgeschichte zu bezeichnen, relativiert damit die Verbrechen der Nationalsozialisten."*[44] Das ist kein Versehen und kein Missverständnis. Es ist Ausdruck einer politischen Haltung, die historische Schuld verwischt und den Holocaust relativiert.

In der AfD ist dies aber kein Einzelfall.[45] Auch aus Thüringen kommen ähnliche Aussagen von **Björn Höcke**. Dieser erklärte bereits 2017: *„Wissen Sie, das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt. Aber natürlich wissen wir, es gibt kein schwarz-weiß in der Geschichte. Es gibt nur verschiedene Grautöne."*[46] In seiner sogenannten Dresdner Rede nannte Höcke das Holocaust-Mahnmal in Berlin ein *„Denkmal der Schande"* und forderte *„eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad"*.[47] 2022 ging Höcke noch weiter. In diesem Jahr verglich er eine mögliche Impfpflicht mit den Menschenversuchen im Dritten Reich.[48] Mit diesem Vergleich instrumentalisiert Höcke nicht nur die Schoah für tagespolitische Zwecke. Er setzt die Gesundheitspolitik während der Coronapandemie mit Experimenten von Nazi-Schergen, wie etwa Josef Mengele, gleich.



„Wissen Sie, das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt. Aber natürlich wissen wir, es gibt kein schwarz-weiß in der Geschichte. Es gibt nur verschiedene Grautöne."
Björn Höcke

Solche Aussagen sind keine bloßen Provokationen. Sie verzerren Geschichte, entwerten das Leid der Opfer und untergraben die Lehren aus dem Nationalsozialismus. Wer so spricht, verschiebt die Grenzen des Sagbaren – und greift das Fundament der deutschen Erinnerungskultur an. Und genau dazu bekennt sich die AfD offen bis in die höchste Ebene. Nicht nur Höcke fordert eine erinnerungspolitische Wende, sondern etwa auch der stv. Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt, **Hans-Thomas Tillschneider**: *„Wir können das Büßerhemd ein-für allemal ablegen und erhobenen Hauptes allen Völkern dieser Welt gegenübertreten."*[49] Und auch der Parteivorsitzende **Tino Chrupalla** äußert sich so: *„Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche. Historische Schuld sollte unser Handeln nicht länger bestimmen."*[50]

Und bei der AfD bleibt es auch hier nicht nur bei Worten: 2017 forderte die AfD im baden-württembergischen Landtag, die Zuschüsse für die Gedenkstätte im französischen Gurs zu streichen – ein zentraler Erinnerungsort an die Deportation südwestdeutscher Jüdinnen und Juden.[51] Die AfD bekennt sich nicht zur deutschen Verantwortung für den Holocaust. Diese Partei versucht gezielt die Erinnerung einzuebnen.[52] Angesichts dessen scheint es nur naheliegend, dass die AfD mittlerweile auch in KZ-Gedenkstätten bei offiziellen Gedenkveranstaltungen nicht mehr willkommen ist.

Eine **Vertreterin der Gedenkstätte Bergen-Belsen** brachte es auf den Punkt: Es sei *„nicht vorstellbar, gemeinsam mit AfD-Vertretern auf dem Friedhof zu stehen, wo die KZ-Opfer begraben sind“*.[53] Wer die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert und instrumentalisiert, kann nicht glaubwürdig an deren Gedenken teilnehmen. Erinnerung verlangt Respekt und Verantwortungsbewusstsein – an beidem fehlt es der AfD.

Die AfD nutzt gezielt antisemitische Erzählungen sowie nationalsozialistische Codes.



Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. … Es handelt sich um ein politisches Kartell …“
Grundsatzprogramm der AfD

Der heutige Antisemitismus von Rechtsextremisten und Neonazis gegen Jüdinnen und Juden äußert sich versteckt. Sie nutzen antisemitische Vorurteile und Erzählungen, gern auch NS-Vokabular, um Judenhass zu verbreiten. Ganz typische Erzählungen sind dabei das Geraune über globale, im Dunkeln agierende Eliten, welche die Geschicke der Welt steuern und Deutschland sowie dem deutschen Volk schaden. Diese Erzählung diskreditiert eben nicht nur grundlegend den Staat und die Regierung. Diese Erzählung ist die Fortführung einer alten, antisemitischen Erzählung – die bereits die Nationalsozialisten nutzten.

Und genau diese Erzählung greift der ehemalige Vorsitzende der AfD und heutige Ehrenvorsitzende, **Alexander Gauland**, auf: *„Diese globalisierte Klasse sitzt in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Start-ups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten, und weil sie die Informationen kontrolliert, gibt sie kulturell und politisch den Takt vor.“*[54] Wie tief durchdrungen die AfD von solchen Erzählungen ist, zeigt sich daran, dass sie selbst im **Grundsatzprogramm** stehen: *„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. … Es handelt sich um ein politisches Kartell … .“*[55]

Ganz typische Codes wiederum sind Vokabeln und Begrifflichkeiten der NS-Zeit, wie etwa *„Alles für Deutschland“*. **Björn Höcke** hat in öffentlichen Auftritten mehrfach diese Parole genutzt. Das **Landgericht Halle** hatte im August 2024 in zwei Urteilen gegen Höcke festgestellt, dass *„Alles für Deutschland“* ein eindeutiges Kennzeichen der nationalsozialistischen Sturmabteilung, kurz SA, ist. Die Verwendung durch Höcke sei dementsprechend strafbar gewesen. Die Kammer begründete dies unter anderem damit, dass die Losung auf dem Dienstdolch der SA eingraviert war, in SA-Liedern vorkam und von der NSDAP für den Reichsparteitag 1934 genutzt wurde. Höcke habe die Parole *„in Kenntnis ihres Verbotes absichtlich ausgesprochen“*, um sie *„wieder in den alltäglichen Sprachgebrauch zu integrieren“*, sagte das Gericht – dessen Urteil der **Bundesgerichtshof 2025** bestätigte.[56]

Höcke habe die Parole „in Kenntnis ihres Verbotes absichtlich ausgesprochen“, um sie „wieder in den alltäglichen Sprachgebrauch zu integrieren“
Landgericht Halle

Genauso vielsagend ist die Reaktion von Parteichefin **Alice Weidel** auf Höckes Entgleisung. Angesprochen auf Höckes SA-Parolen wies Alice Weidel jede Kritik zurück: *„Außerdem hat sich Höcke auch geändert. Er macht einen hervorragenden Job in Thüringen. Die Strafprozesse finde ich lächerlich und fragwürdig.“*[57] Doch damit nicht genug, in einem Interview legte Weidel hierzu kürzlich auch nochmal nach und sagte: *„Alles für Deutschland. Alles für Deutschland. Huch. Ja, ich verstehe den Aufreger nicht.“*[58]

Warum die AfD sich so sehr bemüht, die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit umzudeuten, machen Vordenker dieser Partei deutlich. **Götz Kubitschek**, ein enger Vertrauter und Berater von Björn Höcke, hat einmal geschrieben: *„Die Vergiftung der Vergangenheit durch moralisierende Geschichtserzählung zählt zu den Grundsteinen unserer Republik.“*[59] Und noch deutlicher wurde der österreichische Rechtsextremist **Martin Sellner**, der von der AfD hofiert wird und eng mit führenden Köpfen verbandelt ist: *„Ohne Überwindung des Schuldkults gibt es keine Überwindung des Bevölkerungsaustauschs und keine Politik der Remigration.“*[60]



„Ohne Überwindung des Schuldkults gibt es keine Überwindung des Bevölkerungsaustauschs und keine Politik der Remigration.“
Martin Sellner

Die AfD versucht, jüdisches Leben in Deutschland unmöglich zu machen.

Die AfD schreckt nicht einmal davor zurück, jüdisches Leben in Deutschland unmöglich zu machen. 2023 beantragte die AfD-Bundestagsfraktion ein umfassendes Schächtungsverbot und wollte gezielt die bisherige religiöse Ausnahme streichen. Unter dem Vorwand des Tierschutzes sollte das Schächten, eine für jüdisches Leben zentrale religiöse Praxis, faktisch unmöglich gemacht werden. Der **Vorstand der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD)** erklärte hierzu: *„Unter dem Vorwand des Tierschutzes verfolgt die AfD ganz klar ihre antisemitische und islamophobe Agenda.“*[61] Die Forderung sei *„scheinheilig“*, da das Schächten aus religiösen Gründen nur einen *„winzigen Prozentsatz“* an Tieren betreffe – *„während gleichzeitig die industrielle Massentierhaltung und Fleischverarbeitung hierzulande offenbar kein Tierschutzproblem darstellt.“*[62] Besonders brisant ist der historische Kontext: Das letzte Schächtungsverbot in Deutschland wurde 1933 von den Nationalsozialisten erlassen – wie der **Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben**, Felix Klein, hervorhob.[63]

Die AfD ist völkisch und ausländerfeindlich.

Im Grundgesetz steht unmissverständlich: **„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“**[64] Das bedeutet: Alle Menschen sind gleichwertig. Alle Staatsbürger haben die gleichen Rechte und Pflichten – unabhängig von Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder Aussehen.[65] Für die AfD gilt dies nicht. Für sie sind nicht alle Menschen gleichwertig, ja nicht einmal alle Deutschen. Führende AfD-Politiker sagen offen, dass ein deutscher Pass nicht ausreiche. Sie sprechen von „Passdeutschen“, von „richtigen“ und „besseren“ Deutschen. Ganz offen bekennt sich die AfD dazu, Millionen Menschen deportieren zu wollen – auch deutsche Staatsbürger. Die zentrale Chiffre hierfür ist Remigration.

Remigration: ein Angriff auf Gesellschaft und Verfassung.

Remigration ist kein normales politisches Konzept. Remigration ist ein Plan, um die gefährlichen völkischen Vorstellungen der AfD Realität werden zu lassen. Remigration ist ein Kernprojekt der AfD – und ein direkter Angriff auf die Menschenwürde, auf unsere Verfassung, auf unsere Gesellschaft – letztendlich auf die Menschen in unserem Land.



„Die Losung der Stunde lautet Remigration. Und zwar millionenfache Remigration.“
Sebastian Münzenmaier

Matthias Helferich aus der AfD Nordrhein-Westfalen, der sich selbst als *„das freundliche Gesicht des NS“* bezeichnet, forderte im Bundestagswahlkampf 2025: *„Remigration, millionenfache Remigration“*.[66] **Sebastian Münzenmaier**, stv. Landesvorsitzender der AfD in Rheinland-Pfalz, sagt: *„Die Losung der Stunde lautet Remigration. Und zwar millionenfache Remigration.“*[67] Der Spitzenkandidat der AfD in Sachsen-Anhalt, **Ulrich Siegmund**, unterstreicht: *„Remigration ist kein Unwort, Remigration ist eine Selbstverständlichkeit und das Gebot der Stunde.“*[68] Die Brandenburgerin **Lena Kotré** macht ebenso klar: *„Remigration: das zentrale Thema unserer Zeit und der Maßstab für jedes politische Handeln in Deutschland.“*[69] Auf dem Parteitag 2025 in Riesa rief **Alice Weidel** in eine tosende Menge AfDler: *„Und wenn es Remigration heißen soll, dann heißt es eben Remigration.“*[70]

Wie ernst es die AfD meint, zeigen die Programme der **AfD in Brandenburg und in Thüringen** bei den Landtagswahlkämpfen 2024: In beiden war Remigration als zentrale Forderung verankert.[71] Die **bayerische AfD** wiederum hat gar eine Remigrationsagenda erlassen, in der sie *„vom Staatsziel der millionenfachen Remigration“* spricht und dies zynisch als *„Sammelbegriff für Heimkehrförderung und vielperspektivische Gesamtstrategie“* bezeichnet.[72]

„Die taktische Verschleierung und nebulöse Andeutung von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gehört zu einem Wesensmerkmal der AfD insgesamt.“
Landesbehörde für Verfassungsschutz, Brandenburg

Zwar versuchen Teile der AfD, dem Konzept der Remigration einen Anstrich der Rechtmäßigkeit zu verleihen. Doch die **Sicherheitsbehörden** attestieren der AfD generell: *„Die taktische Verschleierung und nebulöse Andeutung von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gehört zu einem Wesensmerkmal der AfD insgesamt.“*[73] In Berichten bestätigen Sicherheitsbehörden auch, dass die AfD hinter verschlossenen Türen anders redet und dort ihre wahren Ziele anspricht. In einer AfD-Veranstaltung sagte **Matthias Helferich**: *„Auch, dass zum Beispiel Staatsbürger, denen wir halt leichtfertig in diesem Land die Staatsbürgerschaft gegeben haben, dieses Land verlassen werden ... darüber müssen wir sprechen.“*[74] Die brandenburgische Landtagsabgeordnete **Lena Kotré** unterstrich, dass aus ihrer Sicht auch eingebürgerte Migranten *„dieses Land, ganz genau wie die anderen auch, zu verlassen“*[75] hätten. **Erik Lehnert**, Fraktionsgeschäftsführer der AfD Brandenburg und einer der führenden Köpfe des neurechten politischen Vorfelds der AfD, machte klar, dass unser Grundgesetz für die AfD keine Grenze darstellt: *„Es dreht sich um die Frage, was an erster Stelle steht – die Verfassung oder das Überleben des eigenen Volkes ... wenn die Verfassung verhindert, dass wir überleben, muss man eben anders vorgehen.“*[76]

Andere AfDler wiederum fordern, Einbürgerungen pauschal zu überprüfen, rückabzuwickeln und flächendeckend Pässe zu entziehen. Dabei geht es der AfD aber gerade nicht darum, bei konkreten Verdachtsfällen von Betrug rechtsstaatlich vorzugehen. Ausschlaggebend ist allein, ob jemand mit Migrationshintergrund eingebürgert wurde. Entsprechend fordert etwa der Bundestagsabgeordnete **Torben Braga** ein *„flächendeckendes“* Vorgehen,[77] **Lena Kotré** will alle Einbürgerungen der letzten zehn Jahre pauschal ins Visier nehmen[78] und auch **Katrin Ebner-Steiner** – die bayerische Frakti-

onsvorsitzende der AfD – fordert grundlegend und ohne konkreten Anlass, alle Einbürgerungen seit 2015 *„vollumfänglich“* anzugehen.[79] Entlang welcher Kriterien man Pässe entziehen will, bleibt dabei bewusst nebulös.

Das ist kein Zufall, denn für das Remigrationskonzept sind diese Maßnahmen in zweierlei Hinsicht bedeutend. Erstens ist das Entziehen von Pässen einer der Wege, um Deutsche mit Migrationshintergrund „auszubürgern“ und dann abschieben zu können. Zweitens würde dieses Vorgehen mit den unklaren Kriterien bedeuten, dass alle seit Jahren eingebürgerten Deutschen unter einen Generalverdacht gestellt werden und Unsicherheit bei den Betroffenen erzeugt wird. Ein Zustand der, so hoffen Remigrationsanhänger, dazu beiträgt, dass Menschen von sich aus auswandern.[80]

Hinter den Remigrationsforderungen von AfDlern wie **Helferich, Kotré** und anderen, steht das Remigrationskonzept des österreichischen Rechtsextremisten **Martin Sellner**.[81] Dieser hat einen umfassenden politischen Plan verfasst, um Deutschland zu einem Land der ethnisch Gleichen zu machen. Ein Plan, in dem Gesetze zur Ausgrenzung und Schikane von deutschen Staatsbürgern eine bedeutende Rolle spielen – wie etwa der Passentzug. Sellner sagt, dass von den 12,2 Millionen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund fünf bis sechs Millionen *„für eine Remigrationspolitik in Frage kämen, weil sie sich nicht assimilieren wollen, können, und daher dauerhaft auch nicht in das Land passen, sondern eher besser in einem anderen Land leben sollen.“*[82]

Welche Bedeutung jemand wie **Martin Sellner** für die AfD hat, zeigt sich auch daran, dass AfDler immer wieder mit ihm auftreten. Erst kürzlich teilte sich **Lena Kotré** eine Bühne mit Sellner im brandenburgischen Vetschau. Dort forderte sie Seite an Seite mit Sellner millionenfache Abschiebungen – und stellte offen in den Raum, ob Deutschland nicht auch mit 20 Millionen Menschen weniger auskäme: *„Brauchen wir wirklich 82 Millionen Menschen in diesem Land? Reichen nicht erstmal vielleicht 60 Millionen aus, bis sich die Geburtenrate wieder erholt hat?“*[83] Diese Zahl von 60 Millionen ist vielsagend, da von den über 80 Millionen Menschen in Deutschland, fast 72 Millionen deutsche Staatsbürger sind.[84] Wenn Kotré von 60 Millionen spricht, sagt sie letztlich



„Brauchen wir wirklich 82 Millionen Menschen in diesem Land? Reichen nicht erstmal vielleicht 60 Millionen aus …“
Lena Kotré

ganz offen, dass sie mehr als 12 Millionen Deutsche aus unserem Land abschieben und verdrängen will. Doch damit nicht genug.

Der rechtsextreme AfD-Landeschef **Björn Höcke** bekennt sich deutlich zu Martin Sellner und schreibt, dass er *„eine persönliche Lanze für ihn brechen“*[85] wolle. Sellners verfassungsfeindliche Pläne bezeichnet Höcke als *„Konzepte zur Wiederherstellung des gesellschaftlichen Friedens.“*[86] Auch sagt er ganz klar: *„Wer sich distanziert, verliert“*[87] und fordert damit ganz offen, die Unterstützung des Rechtsextremisten durch die gesamte AfD.



„ … großangelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. … Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeiten‘ [...] herumkommen. …“
Björn Höcke

Kein Wunder, denn **Björn Höcke** schreibt selbst, in Deutschland werde ein *„großangelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. … Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeiten‘ … herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden. … eine neue politische Führung wird … schwere moralische Spannungen auszuhalten haben … und muß aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwider laufen.“*[88]

Die hohe Bedeutung dieses Konzepts für die gesamte AfD zeigt sich auch daran, dass die Parteichefin, **Alice Weidel**, zu jemandem wie Höcke – der sich klar zu Remigration mit *„wohltemperierten Grausamkeiten“* bekennt – sagt: *„Ich möchte es einfach noch mal klarstellen. Er ist wirklich ein sehr, sehr guter Spitzenkandidat. Der macht einen hervorragenden Job.“*[89] Für Weidel ist jemand wie Björn Höcke auch ein *„sehr guter Politiker“*, der für ein Ministeramt geeignet wäre.[90]

Wer nicht deutsch genug ist, ist Bürger zweiter Klasse.

In Deutschland ist die Sache klar: Ein deutscher Pass macht einen Menschen zum Staatsbürger dieses Landes. Für die AfD gilt dieser Grundsatz nicht. Sie stellt ihn frontal infrage – und damit ein zentrales Fundament unserer Verfassung. Die AfD teilt Menschen in unserem Land in „richtige“ und „falsche“ Deutsche, in Deutsche mit vollen Rechten – und solche mit weniger

Rechten. Dabei sprechen führende AfD-Politiker ganz offen von *„Passdeutschen“* und erklären Millionen Menschen zu Bürgern zweiter Klasse.

Zu diesen AfDlern zählt auch **Alexander Gauland**. Er sagt ganz offen und verbunden mit einem Bekenntnis zu **Björn Höcke**: *„Ich halte es für richtig, wenn mein Freund Björn Höcke sagt: Indem ich die deutsche Grenze überschreite und einen deutschen Pass habe, bin ich noch kein Deutscher.“*[91] Der bayerische Landtagsabgeordnete der AfD, **Franz Schmid**, meint gar: *„Ein Stück Papier und deutsche Kreissäle machen einen nicht zum Deutschen!“*[92] Der Landesvorsitzende der AfD Bayern, **Stephan Protschka**, spricht gar von *„Passbeschenkten“* und nutzt Tiervergleiche: *„Wenn sich ein #Hund einem #Wolfsrudel anschließt. Ist er dann ein #Wolf oder bleibt er Hund? #Passbeschenkter“*.[93]



„Ein Stück Papier und deutsche Kreissäle machen einen nicht zum Deutschen!“
Franz Schmid

Damit erklärt die AfD Menschen, die seit Generationen hier leben und arbeiten, pauschal zu Fremden. Zugehörigkeit wird hier nicht mehr durch Recht definiert – sondern nur noch durch die *„richtige Abstammung“*. Was dabei die richtige Abstimmung ist, das definiert die AfD. Genau davor warnen die **Sicherheitsbehörden**. Der Verfassungsschutz stellt fest: *„Das in der Partei vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis ist nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar.“*[94]

Auch **hohe deutsche Gerichte** bestätigen: Die AfD versagt ganzen Bevölkerungsgruppen die gleichberechtigte Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft: *„Es liegen konkrete und hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vor, dass nach dem politischen Konzept der Klägerin* [gemeint ist hier die AfD] *jedenfalls Flüchtlingen und anderen Zuwanderern, deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund und deutschen und ausländischen Staatsangehörigen islamischen Glaubens die Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt werden soll.“*[95]

„... deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund und deutschen ... Staatsangehörigen islamischen Glaubens die Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder ... versagt werden soll.“
Oberverwaltungsgericht Münster

Deutschland soll ein Land der ethnisch Gleichen werden.



„Ich bin strikt gegen eine Obergrenze beim Thema Migration. Jeder Fremde mehr in diesem Land ist einer zu viel.“
Hannes Gnauck

Hinter den Aussagen und Remigrationsfantasien der AfD steht ein Ziel: **Deutschland soll ein Land der „ethnisch Gleichen“ werden**. Ihr geht es nicht um eine kluge Steuerung der Fachkräfteeinwanderung. Ihr geht es auch nicht um eine Bekämpfung der illegalen Migration. Die AfD will viel mehr als das. Diese Partei will ein anderes Deutschland: Weiß, einheitlich und ohne Migrationshintergrund – so soll das Deutschland der AfD werden. Und entsprechend sollen alle Menschen, die diesem völkischen Ideal der AfD nicht entsprechen, keinen Platz in unserem Land haben.

Für den Brandenburger AfD-Politiker **Dennis Hohloch** ist klar: Zuwanderung *„bedeutet Traditionsverlust, Identitätsverlust, Verlust der Heimat, Mord, Totschlag, Raub und Gruppenvergewaltigungen.“*[96] Der Bundestagsabgeordnete **Hannes Gnauck** fordert: *„Ich bin strikt gegen eine Obergrenze beim Thema Migration. Jeder Fremde mehr in diesem Land ist einer zu viel“*.[97] Und dass der AfD selbst Einwanderung von Fachkräften ein Dorn im Auge ist, zeigt etwa die **AfD Bayern** in ihrem Landtagswahlprogramm 2023: *„Wir stehen für eine aktivierende Familienpolitik – bayerische Kinder statt ‚Fachkräfte'zuwanderung.“*[98] Der Vorsitzende der AfD-Jugendorganisation, **Jean-Pascal Hohm**, erklärt, die AfD habe die *„historische Aufgabe“*, Deutschland als *„Heimat der Deutschen“* zu bewahren. Nur so, könne *„Deutschland als Land der Deutschen“* eine Zukunft haben.[99] Diese Art zu denken und zu sprechen erinnert an die Losung *„Deutschland den Deutschen. Ausländer raus“* der Neonaziszene in den 1990er Jahren.[100]

… bayerische Kinder statt ‚Fachkräfte'zuwanderung.“
AfD Bayern

Eine Parole, die für den Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, **Bernd Baumann**, unproblematisch ist. In einem Interview darauf angesprochen, dass zwei AfD-Landtagsabgeordnete dabei gefilmt wurden, wie sie diesen Spruch skandierten, verteidigte Baumann die Parole. Etwas grundlegend Falsches wollte er darin nicht sehen.[101] Die Grenze zur Sprache von Neonazis hat die AfD längst überschritten.

Entmenschlichung und Untergang – die Sprache der AfD.

Um den Weg für ihr völkisches Programm zu ebnen, setzt die AfD auf entmenschlichende Sprache. In dieser ist der notwendige Zuzug von Fachkräften der *„drohende Volkstod“*. Alle, die der AfD nicht *„deutsch“* genug sind, werden pauschal zu *„Messermännern“*, *„Taugenichtsen“* und *„Vergewaltigern“* erklärt. Der AfD geht es nicht um die notwendige Steuerung und Begrenzung von Migration. Ihr geht es nicht um die Gestaltung von Fachkräftezuwanderung. Es geht um pauschale Angstmache und Ausgrenzung. Menschen sollen zu Feindbildern und Untergangsstimmung zum Dauerzustand werden.

Führende AfD-Politiker bedienen offen rassistische und verschwörungstheoretische Erzählungen. **Björn Höcke** beschwört einen drohenden *„Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“*[102] und warnt: *„Unser Volk ist mittlerweile im gefährlichen Maße multikulturalisiert und ... droht zur Minderheit im eigenen Land zu werden.“*[103] **Nicole Höchst**, stv. Landesvorsitzende der AfD in Rheinland-Pfalz, behauptet, die Bundesregierung nehme die *„perspektivische Ausrottung“* der Einheimischen in Kauf. Laut ihr geht es *„darum, Angestammte, als quasi einheimische Art zu verdrängen. Und ja: in letzter Konsequenz wird sogar die mögliche Gefahr ihrer perspektivischen Ausrottung in Kauf genommen“*.[104] **Gottfried Curio**, innenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, spricht offen von der Auflösung des deutschen Staatsvolks und Deutschlands zugunsten eines *„geschichts- und gesichtslosen Siedlungsgebiets.“*[105] **Alexander Gauland** spricht gar von einer *„menschlichen Überflutung“*.[106]

Für **Markus Frohnmaier** ist Deutschland gar bereits zu einem *„Schlachthaus“* geworden. Denn all die unzähligen *„Messer- und Gleisbettmigranten zerstückeln die Bürger.“*[107]In diese Sprache steigt auch **Alice Weidel** ein. Für sie sind Menschen mit Migrationshintergrund generell *„alimentierte Messermänner“* und *„Taugenichtse“*.[108] Für **Stefan Keuter**, stv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, sind alle einfach bedrohliche *„Heerscharen ..., die über unsere Heimat herfallen“*, unser Sozialsystem aussaugen und Gruppenvergewaltigungen zur Tagesordnung machen.[109] **Maximilian Krah** benutzt die Bezeichnung *„Fachkräfte für ... Sozialhilfe und Messerstechen.“*[110] Fakt ist



„ ... Angestammte, als quasi einheimische Art zu verdrängen. Und ja: in letzter Konsequenz wird sogar die mögliche Gefahr ihrer perspektivischen Ausrottung in Kauf genommen.“
Nicole Höchst



„Deutschland wird zum Schlachthaus. Messer- und Gleisbettmigranten zerstückeln die Bürger.“
Markus Frohnmaier

aber: Zwei Drittel aller Menschen, die zu uns gekommen sind, stammen aus benachbarten EU-Staaten. Sie arbeiten, zahlen Steuern und tragen wesentlich zum täglichen Funktionieren unseres Landes bei.[111]

Laut der AfD ist Integration per se unmöglich. Für **Paul Timm**, Landtagsabgeordneter der AfD, sind *„Passdeutsche mit Migrationshintergrund“* sowieso *„nicht fähig oder nicht willens“* sich zu integrieren.[112] Seine Kollegin **Nicole Höchst**, die auch kirchenpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion ist, teilt diese Sicht: *„Selbst das beste und teuerste Bildungssystem kann die Kinder der arabischen Invasion ... nicht zu Fachkräften ausbilden.“*[113]



„Wir können die nachher immer noch alle erschießen. Das ist überhaupt kein Thema. Oder vergasen, oder wie du willst.“
Christian Lüth

Wie weit diese Entmenschlichung von Sprache führt, zeigt sich bei **Beatrix von Storch**. Sie sprach sich bereits vor Jahren für den Gebrauch von Schusswaffen gegen Frauen und Kinder an der EU-Außengrenze aus. Sie selbst sagte danach, sie sei mit ihrem Ja zu einem Schießbefehl falsch verstanden worden. Denn sie wollte den Schusswaffengebrauch doch nur gegen Frauen bejahen.[114]

Auch das ist kein Einzelfall. Diese Menschenverachtung offenbarte auch **Christian Lüth**, der ehemalige Pressesprecher der AfD, der heute wieder für verschiedene AfD-Abgeordnete arbeitet.[115] In seiner Zeit als Pressesprecher machte er nicht nur klar, dass es der AfD per se nicht um unser Land geht. Denn *„je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD.“* Er sagte mit Blick auf all jene, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind und weiter kommen: *„Wir können die nachher immer noch alle erschießen. Das ist überhaupt kein Thema. Oder vergasen, oder wie du willst.“*[116]

Quellen und Belege

1. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Einstufung der AfD, S. 1 - 2.
2. Amt für Verfassungsschutz beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Verfassungsschutzbericht Thüringen, 2023, S. 16.
3. Verfassungsschutz Brandenburg, Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert extremistische Bestrebung, S. 87.
4. Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt, Rechtsextremistische Parteien – „Alternative für Deutschland“ Landesverband Sachsen-Anhalt, online, abgerufen am 20.01.2026.
5. Gegen die Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall hat die AfD zunächst vor dem Verwaltungsgericht Köln geklagt. Diese Klage wurde als unbegründet abgewiesen. Anschließend legte die AfD Berufung ein, erneut erfolglos. Auch dagegen reichte die AfD Widerspruch ein. Im Mai 2024 entschied das Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln hinsichtlich der Einstufung rechtmäßig ist.
6. Deutschlandfunk vom 17.05.2024; Deutscher Bundestag, BT-Drs.21/3930.
7. *„CDU; SPD; FDP; Linke; Grüne – alle verkommene Altparteien.“* Hans-Christoph Berndt, Fraktionsvorsitzender der AfD in Brandenburg, zit. nach Verfassungsschutz Brandenburg, Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert extremistische Bestrebung, S. 96.
8. Tomasz Froelich, Europaabgeordneter der AfD, Rede im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg, 2023.
9. *„Die Altparteien tragen die Verantwortung für die Zustände in Deutschland. Sie regieren wie ein politischer Swingerclub. Jeder mit jedem, alles und immer.“* Stephan Brandner, Facebook-Beitrag vom 26.06.2023.
10. AfD, Grundsatzprogramm, 2016, S. 13. In ähnlicher Manier nannte etwa auch der langjährige außenpolitische Sprecher der AfD, Matthias Moosdorf, andere Parteien nur eine *„machtgeile Clique von Deutschland-Hassern.“* Matthias Moosdorf, AfD-Bundestagsabgeordneter, 2024, Facebook.
11. AfD, Bundestagswahlprogramm 2025, S.128.
12. Hannes Gnauck, AfD-Bundestagsabgeordneter, Rede auf dem AfD-Sommerfest in Eberswalde, 2021, zit. nach Verfassungsschutz Brandenburg, Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert extremistische Bestrebung, S. 91.
13. Björn Höcke, Landesvorsitzender der AfD Thüringen, Rede zum Wahlkampfabschluss in Thüringen, 2024.
14. Der Tagesspiegel vom 11.09.2017 und Welt am Sonntag vom 10.09.2017. Ergänzung: Zunächst bestritt Alice Weidel, dass diese Mail von ihr verfasst worden sei und drohte mit rechtlichen Schritten. Als Reaktion bestätigte die Welt am Sonntag, dass ihr eine eidesstattliche Versicherung sowie weitere Aussagen vorliegen, die die Urheberschaft Weidels belegten. Daraufhin sprach Weidel nicht mehr von einer Fälschung (siehe FAZ vom 17.09.2017).

15. Hans-Thomas Tillschneider, stellvertretender Landesvorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt, Rede auf einer Demo, 2023, zit. nach Spiegel vom 09.05.2025.
16. Markus Frohnmaier, Co-Vorsitzender der AfD Baden-Württemberg und stv. Fraktionsvorsitzender der AfD im Bundestag, zit. nach Deutschlandfunk vom 29.10.2015; Transparency International. Corruption Perceptions Index 2024.
17. Stern vom 09.02.2026.
18. Hans-Christoph Berndt, Fraktionsvorsitzender der AfD in Brandenburg, Interview bei AUF1 vom 21.08.2024.
19. Dennis Hohloch, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Rede auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg am 06.04.2024.
20. Tomasz Froelich, Europaabgeordneter der AfD, Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg 2023.
21. AfD Konferenz Ost, Für eine Wiederbelebung der Demokratie in Ostdeutschland (Schweriner Erklärung), vom 19.01.2026.
22. Markus Frohnmaier, Co-Vorsitzender der AfD Baden-Württemberg und stv. Fraktionsvorsitzender der AfD im Bundestag, Facebook-Post vom 23.06.2016.
23. Verfassungsschutz Brandenburg, Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert extremistische Bestrebung, S. 106.
24. René Springer, Landesvorsitzender AfD Brandenburg und Bundestagsabgeordneter, Rede in Eberswalde 2021, zit. nach Verfassungsschutz Brandenburg, Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert extremistische Bestrebung, S. 91.
25. Ebd.
26. Krzysztof Walczak, stv. Vorsitzender der AfD Hamburg, Post auf X vom 26.09.2024.
27. Alice Weidel, Parteivorsitzende der AfD, Wahlkampfveranstaltung in Bad Dürkheim vom 17.01.2026, 2026.
28. *„Macht die Stimmzettel zu Haftbefehlen für diejenigen, die verantwortlich sind für diesen unterirdischen Zustand unseres Landes, für die Spaltung der Gesellschaft, für die Verschleuderung von Steuermilliarden. Die müssen angeklagt werden von Staatsanwälten, die unabhängig sind, weshalb wir für die Entpolitisierung der Justiz eintreten. Wir brauchen Staatsanwälte, die ermitteln und anklagen und dann diejenigen, die unser Land runtergewirtschaftet haben vor Gericht stellen. Und da brauchen wir Richter, die die dann auch verurteilen. Ganz rechts-staatlich wird das bei uns zugehen.“* Stephan Brandner, langjähriger stv. Fraktionsvorsitzender der AfD Bundestagsfraktion, Rede auf dem AfD-Parteitag 2024, zit. nach Welt vom 29.06.2024.
29. Landesbehörde für Verfassungsschutz, Vermerk zur Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert extremistische Bestrebung, S. 87
30. Stefan Möller, Landessprecher der AfD Thüringen, zit. nach Welt vom 28.08.2024.
31. Hans-Christoph Berndt, Fraktionsvorsitzender der AfD in Brandenburg, zit. nach Verfassungsschutz Brandenburg, Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert extremistische Bestrebung , S. 99.

32. Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen, Facebook-Post vom 01.05.2023, zit. nach Spiegel Online, 2025.
33. Alice Weidel, Partievorsitzende der AfD, Interview bei WeltTV vom 04.12.2025.
34. Alice Weidel, Parteivorsitzende der AfD, zit. nach Tagesschau vom 12.05.2023.
35. Alice Weidel, Parteivorsitzende der AfD, Rede auf dem Parteitag der AfD in Essen, zit. nach Deutschlandfunk vom 29.06.2024.
36. Alexander Gauland, ehemaliger Vorsitzender der AfD und Ehrenvositzender, Maischberger vom 22.11.2023.
37. Björn Höcke, Landesvorsitzender AfD Thüringen, zit. nach Verwaltungsgericht Köln, Urteil vom 08.03.2022 (13 K 326/21).
38. Diese Haltung findet sich etwa auch in einem erst kürzlich veröffentlichten Interview von Björn Höcke mit dem englisch-sprachigen Medium Gateway Pundit vom 20.01.2026.
39. AfD, Bundestagswahlprogramm, 2025; Bundeskriminalamt. Politisch motivierte Kriminalität: Höchster Anstieg seit Beginn der Erfassung.
40. Beatrix von Storch, Beitrag auf AfD.de vom 25.05.2022.
41. Zentralrat der Juden, Aufruf zur Bundestagswahl, 2025.
42. Jüdische Allgemeine vom 21.11.2025.
43. Ebd.
44. Ebd.
45. Ein weiteres Beispiel liefert Hans-Thomas Tillschneider, stellvertretender Landesvorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt. Er verknüpfte den Krieg in Israel gezielt mit dem Holocaust – und stellte dabei die historische Verantwortung Deutschlands offen infrage: *„Was Israel zurzeit im Gaza-Streifen anrichtet, geht nicht. Israel straft die Palästinenser kollektiv für die Verbrechen der Hamas. (...) Genau das Gleiche gilt übrigens für die Deutschen und den Holocaust. Man kann nicht das ganze deutsche Volk in Verantwortung ziehen für die Verbrechen einiger weniger.“* (Hans-Jörg Tillschneider, stv. Landesvorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt, zit. nach Amadeu Antonio Stiftung, 2024).
46. Björn Höcke, Landesvorsitzender der AfD Thüringen, Interview im Wall Street Journal vom 07.03.2017.
47. Björn Höcke, Landesvorsitzender der AfD Thüringen, Dresdner Rede, 2017, zit. nach Die Zeit vom 18.01.2017.
48. Höcke sagte dabei zu einer möglichen Impfplicht, diese sei *„nicht zuletzt vor dem Hintergrund der verbrecherischen Menschenversuche im Dritten Reich ein historischer Tabubruch.“* (Björn Höcke, Vorsitzender der AfD Thüringen, Landtag Thüringen, 70. Sitzung, 2022).
49. Hans-Thomas Tillschneider, stv. Landesvorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt, Facebook vom 18.09.2023, zit. nach Spiegel Online, 2025.
50. Tino Chrupalla, Parteivorsitzender der AfD, Beitrag bei der Sezession vom 09.05.2023.
51. Volker Weiß, „Schuldkult“ und „Schuldkolonie“ – Tradition und Ziele des aktuellen Geschichtsrevisionismus, 2024.

52. Ein weiteres Beispiel hierfür findet sich bei dem Thüringer AfD-Landtagsabgeordneten Sascha Schlösser. Dieser empfahl Mitte November 2024, am Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald, besser in die Ortschaft Gispersleben bei Erfurt zu fahren, um dort 50 „blutjunger deutscher Soldaten" zu gedenken, die von US-Soldaten erschossen worden seien. Tatsächlich handelte es sich überwiegend um SS-Angehörige, von denen die meisten bei Gefechten mit den Amerikanern starben. Etwa 12 SS-Angehörige wurden tatsächlich von den Amerikanern erschossen; sie hatten zuvor amerikanische Kriegsgefangene erschossen. Siehe hierzu auch Jens-Christian Wagner, Rikola-Gunnar Lüttgenau & Jakob Schergaut, Schuldumkehr im Landtag, Blogeintrag auf Geschichte statt Mythen, 2021.
53. Der Spiegel vom 14.09.2023.
54. Alexander Gauland, langjähriger Vorsitzender der AfD und heute Ehrenvorsitzender, Beitrag in der Zeitschrift Sezession, 2019.
55. AfD, Grundsatzprogramm, 2016.
56. Das Urteil des Gerichts in Halle wurde mittlerweile durch den Bundesgerichtshof (BGH) bestätigt. Die hier zitierten Aussagen des Landgerichts Halle sind nach BGH Beschluss vom 20.08.2025 – 3 StR 484/24 zitiert.
57. Alice Weidel, Parteivorsitzende der AfD, Interview bei Welt vom 26.08.2025.
58. Alice Weidel, Partievorsitzende der AfD, Interview bei Welt vom 04.12.2025.
59. Götz Kubitschek, zit. nach Deutschlandfunk vom 29.08.2024.
60. Martin Sellner, Rede in Cottbus am 25.02.2025.
61. Domradio vom 08.02.2023
62. Ebd.
63. Ebd.
64. Das Grundgesetz sagt klar: *„Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."* (Grundgesetz Art 1, Abs. 1).
65. In Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es: *„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."* (Grundgesetz Art 3., Abs. 3).
66. Matthias Helferich, Bundestagsabgeordneter und Sprecher für Kulturpolitik der AfD-Bundestagsfraktion, Rede auf der Aufstellungsversammlung der AfD am 03.01.2025.
67. Sebastian Münzenmaier, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, Rede im Bundestag vom 09.11.2023
68. Ulrich Siegmund, Spitzenkandidat der AfD für Sachsen-Anhalt, 2024, zit. nach Bild vom 06.09.2025.
69. Lena Kotré, Landtagsabgeodnete der AfD in Brandenburg, Post auf X vom 22.06.2025.
70. Alice Weidel, Vorsitzende der AfD, Parteitag in Riesa, 2025.
71. AfD Sachsen, Damit Sachsen Heimat bleibt, 2024 und AfD Brandenburg, Regierungsprogramm für Brandenburg, 2024.
72. Bayerischer Rundfunk vom 26.11.2024.
73. Landesbehörde für Verfassungsschutz, Vermerk zur Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland" als gesichert extremistische Bestrebung, S.23, 2024.

74. Matthias Helferich, Bundestagsabgeordneter und kulturpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, 2024, zit. nach Landesbehörde für Verfassungsschutz, Vermerk zur Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland" als gesichert extremistische Bestrebung, S.25, 2024.
75. Lena Kotré, Landtagsabgeordnete der AfD Brandenburg, zit. nach ebd., S.25, 2024.
76. Erik Lehnert, Fraktionsgeschäftsführer der AfD Brandenburg, Auftaktgespräch Sommerfest Schnellroda, 2025.
77. *„eine nachträgliche Überprüfung bereits erfolgter Einbürgerungen – wenn erforderlich auch flächendeckend – ist nicht nur rechtsstaatlich zulässig, sondern angesichts der bekannten Missstände sogar geboten"* (Torben Braga, Bundestagsabgeordneter der AfD, Post bei X vom 20.10.2025).
78. *„Wir müssen Einbürgerungen hinterfragen. Erfolgte Einbürgerungen. Wir alle wissen, dass die Staatsbürgerschaft so einfach verscherbelt wird. Man wirft sie zum Fenster raus und jeder kann sie bekommen. Das müssen wir hinterfragen. Wir müssen gucken, ob die Leute, die in den letzten Jahren deutsche Staatsbürger geworden sind, überhaupt ein Recht dazu hatten."* (Lena Kotré, Landtagsabgeordnete der AfD Brandenburg, Post auf X vom 02.09.2024, zit. nach Landesbehörde für Verfassungsschutz, Vermerk zur Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland" als gesichert extremistische Bestrebung, S. 72, 2024). Eine ähnliche Aussage tätigte Kotré auch auf Telegram: *„Wir müssen die Einbürgerungen jetzt im Land Brandenburg aussetzen und die Einbürgerungen, die in den letzten zehn Jahren erfolgt sind, überprüfen."* (Lena Kotré, Landtagsabgeordnete der AfD Brandenburg, Pressekonferenz der AfD-Fraktion vom 18.02.2025, zit. nach ebd., S. 84).
79. Süddeutsche Zeitung vom 25.09.2025.
80. Was hier im Falle des Passentzugs als politische Forderung in den Raum gestellt wird, passt haargenau in die Grundlogik von Martin Sellners. Dieser schrieb bereits vor Jahren mit Blick auf Deutsche mit Migrationshintergrund von einem zu erzeugenden Remigrationsdruck: *„Für diese Zielgruppe wird durch eine patriotische Leitkultur Assimilationsdruck erzeugt, während Deislamisierung und sozialpolitische Maßnahmen Remigrationsdruck erzeugen. Dazu greifen hier attraktive und umfassende, freiwillige Heimkehrprogramme."* (Martin Sellner, Remigration. Ein Vorschlag, Schnellroda, 2024, S. 69).
81. Hierzu schreiben Sicherheitsbehörden in aller Klarheit: *„Die AfD hat 2024 eine nachträgliche Überprüfung von Einbürgerungen gefordert, zudem stellten einzelne Akteure den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft bei angeblich mangelnder ‚Integrationsleistung' in Aussicht. Entsprechende Forderungen kamen 2024/25 auch aus dem AfD-Landesverband BB. Politiker propagieren darüber hinaus einen staatlicherseits verstärkt auszuübenden ‚Assimilationsdruck' und sogenannte ‚Remigrationsanreize', die im Falle einer Regierungsübernahme politische Praxis werden sollen. Hier greift die Partei unverhohlen auf den neurechten IB-Vordenker Martin Sellner zurück, dessen Remigrationskonzept sich dezidiert auch gegen ‚nichtassimilierte deutsche Staatsbürger' mit Migrationshintergrund richte"* (Landesbehörde für Verfassungsschutz, Vermerk zur Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland" als gesichert extremistische Bestrebung, S. 141).

82. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 24.06.2025 (BVerwG 6 A 4.24).
83. Lena Kotré, Landtagsbageordnete der AfD, Veranstaltung am 22.01.2026 in Vetschau, 2026.
84. Zu den Zahlen siehe Statistisches Bundesamt, Bevölkerung nach Nationalität und Geschlecht, 2025.
85. Björn Höcke, Landesvorsitzender der AfD Thüringen, 6. Juli 2025 auf X.
86. Ebd.
87. Ebd.
88. Björn Höcke, Nie zweimal in denselben Fluß, 2018, S. 254.
89. Der Westen vom 21.09.2024.
90. Handelsblatt vom 19.02.2025.
91. Alexander Gauland, ehemaliger Vorsitzender der AfD, Spiegel 23 / 2016.
92. Franz Schmid, Landtagsabgeordneter der AfD Bayern, Post auf X vom 15.03.2023.
93. Stephan Protschka, Landesvorsitzender der AfD Bayern, zit. nach FAZ vom 06.06.2025.
94. Bundesamt für Verfassungsschutz, Gutachten des Verfassungsschutzes zur Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem, zit. nach FAZ vom 06.06.2025.
95. Oberverwaltungsgericht Münster, Urteil vom 13. Mai 2024 (A 1218/22), 2024.
96. Dennis Hohloch, Fraktionsgeschäftsführer, AfD Wahlkampf Veranstaltungen in Brandenburg 25.08.2024, Youtube, Berliner Tinchen.
97. Hannes Gnauck, Bundestagsabgeordneter der AfD, Post auf X vom 23. September 2023, zit. nach Focus vom 10.05.2025.
98. AfD Bayern, Flyer „Unsere Programmpunkte zur Landtagswahl“, 2023.
99. Jean-Pascal Hohm, Vorsitzender der Generation Deutschland, Heimatkurier vom 25.03.2025.
100. Die Welt vom 25.01.2024.
101. t-online vom 24.01.2024.
102. Björn Höcke, Landesvorsitzender der AfD Thüringen, Nie zweimal in denselben Fluss, 2018, S. 216.
103. Ebd.
104. Nicole Höchst, stellvertretende Landesvorsitzende der AfD in Rheinland-Pfalz, Journalistenwatch vom 27.11.2022.
105. Gottfried Curio, Innenpolitischer Sprecher der AfD Bundestagsfraktion, Rede im Deutschen Bundestag am 24.06.2021.
106. Alexander Gauland, ehemaliger Vorsitzender der AfD und heutiger Ehrenvorsitzender, 2016, zit. nach FAZ vom 05.06.2016.
107. Markus Frohnmaier, Co-Vorsitzender der AfD Baden-Württemberg, Post auf X vom 01.08.2019.
108. *„Ich kann ihnen sagen: Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden uns in Deutschland das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern“* (Alice Weidel, Parteivorsitzende der AfD, 2018, zit. nach FAZ vom 16.05.2018).

109. *„Heerschaaren unqualifizierter Migranten sind über unsere Heimat hergefallen und saugen unsere Sozialsysteme aus. Wir erleben eine fortschreitende Islamisierung. Messermänner und Gruppenvergewaltigungen sind heute schon an der Tagesordnung. Islamistische Mobs marodieren auf deutschen Straßen. Die Polizei wird der Lage nicht mehr Herr. Sie fordern die Einrichtung eines Kalifates in Deutschland und wollen Juden töten. Was für eine Schande für Deutschland!"* (Stefan Keuter, stv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, Rede im Deutschen Bundestag am 16. November 2023).
110. Maximilian Krah, Bundestagsabgeordneter der AfD, Post auf X vom 03.12.2022.
111. Statistisches Bundesamt. Ausländische Bevölkerung nach Geburtsort und ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31.12.2024 und Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, 2025.
112. Paul Timm, Landtagsabgeordneter der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, Post auf Facebook vom 22.01.2023.
113. Nicole Höchst, stv. Vorsitzende der AfD Rheinland-Pfalz, Rede im Deutschen Bundestag am 13.12.2023.
114. Beatrix von Storch, stv. Fraktionsvorsitzende der AfD Bundestagsfraktion, zit. nach Tagesschau vom 31.01.2016.
115. Tagesschau vom 17.01.2026.
116. Christian Lüth, ehemaliger Pressesprecher der AfD, 2020, zit. nach Zeit vom 28.09.2020.

Herausgeber
CDU-Bundesgeschäftsstelle | Strategische Planung
Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | www.cdu.de/kontakt
Bilder: KI generiert